

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 05 86 646 ppbn d



## Inhalt

39. Jahrgang / 201

19. Oktober 1983

Dieter Spöri MdB weist nach, daß sich die Bundesregierung in zentralen steuerpolitischen Fragen unheilbar zerstritten hat. Seite 1

Helmut Rothemund MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, zieht ein Resümee des ersten Jahres der 10. Wahlperiode in Bayern; Strauß lähmt die Landespolitik. Seite 3

**Dokumentation**  
Der neue IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr analysiert die internationale Lage aus dem Blickwinkel der Achtung und Respektierung von Arbeitnehmerrechten. Seite 5

### Das Steuerchaos der Union

Kohl hat die Kontrolle verloren

Von Dieter Spöri MdB  
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die ergebnislose Diskussion der jüngsten Sitzung des CDU-Präsidiums hat unübersehbar bestätigt, daß die führende Regierungspartei in der Frage ihres weiteren steuerpolitischen Kurses tief zerrissen ist. Wenn man die widersprüchlichen Äußerungen der führenden Unionspolitiker einmal vergleicht, weiß man beim besten Willen nicht mehr, wo's eigentlich bei der Union lang gehen soll. Hierzu vier Kostproben:

1. Ernst Albrecht bestand im Präsidium auf der These vier seines Papiers, daß die Unternehmensbesteuerung über die bisherigen Entlastungsmaßnahmen beziehungsweise -pläne hinaus etwa um 20 Prozent gesenkt werden müßte. Dies widerspricht eindeutig den steuerpolitischen Prioritäten, wie sie von den CDU-Sozialausschüssen - an der Spitze Norbert Blüm - auf ihrem vor kurzem abgehaltenen Bundeskongreß formuliert wurden.
2. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth - mit näherrückendem Landtagswahltermin zunehmend auf Distanz zu den Bonner Wendeergebnissen bedacht - drängte im Präsidium auf baldige Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer. Dem stehen die nebulösen Andeutungen des um Steuermilliarden für den Bundeshaushalt bangenden Finanzministers Stoltenberg gegenüber, nach dessen Worten mit einer Tarifentlastung erst 1987 zu rechnen ist, quasi als Wahlbonbon für die nächste Bundestagswahl.
3. Familienminister Geißler kündigte nach der CDU-Präsidiumssitzung vollmundig Steueränderungen mit "ausgeprägter familienpolitischer Komponente" an, was auf ein Mixtum aus Familiensplitting und Kindergeld bei niedri-



gen Einkommen hinauslaufen soll. Jede praktikable Lösung in dieser Richtung wird aber nach vorsichtigen Berechnungen mehr als 20 Milliarden DM kosten - zusätzlich zu den mindestens 15 Milliarden DM Steuerausfällen einer Tarifreform. Eine uneinlösbare Versprechung, die deshalb der bayerische Finanzminister Streibl schon heftig attackiert hat. Die Union wird mit diesem unseriösen Versprechen den gleichen Weg wie mit der Lehrstellengarantie gehen.

4. Während Albrecht im Clinch mit Blüm die Wirtschaft mit weiteren Steuerentlastungen für Unternehmen ankurbeln will, trauern die CDU-Länderfürsten insgeheim den beschäftigungspolitisch sinnlos verplemperten 1,6 Milliarden DM aus der Vermögenssteuer-Senkung nach, die sie am liebsten noch in ihren Landeskassen hätten.

Dieser Wirrwarr an unterschiedlichen Positionen und Interessenlagen zeigt, daß die Union in den zentralen Fragen der Steuerpolitik immer weiter auseinanderdriftet. Der Konflikt wird sich deshalb verschärfen, weil sich mit zunehmendem Entscheidungsdruck herausstellen wird, daß die konkurrierenden Forderungen im Bundeshaushalt unmöglich gemeinsam untergebracht werden können. Jetzt rächt es sich für Kohl bitter, daß er den Exponenten im Kabinett und in der Unionsspitze in entscheidenden Sachfragen bei ihrem dem Eigenprofil verpflichteten Treiben viel zu lange Leine gelassen hat. Die Gegensätze sind inzwischen unüberbrückbar geworden, was sich daran zeigt, daß sich das CDU-Präsidium immer noch zu keiner Stellungnahme zum Albrecht-Papier durchringen konnte. Es ist die unübersehbare Führungs- und Kompetenzschwäche Kohls, die ein Chaos an steuerpolitischen Vorstellungen zugelassen hat. Während es ein steuerpolitisches Konzept der Union und damit dieser Bundesregierung für die Zukunft nicht mehr gibt, verwekelt das verteilungspolitische Feigenblatt der bereits beschlossenen Maßnahmen vor den Finanzgerichten: Der Vollzug der Zwangsanleihe ist inzwischen von mehreren Finanzgerichten ausgesetzt und wird vor dem Bundesverfassungsgericht endgültig gestoppt werden.

Nicht nur in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik, sondern gerade auch in den zentralen Fragen der Steuerpolitik schimmert von Tag zu Tag mehr durch, daß sich keine Bundesregierung in der Geschichte der Bundesrepublik nach ihrem Wahlsieg verrannt hat wie die jetzige und kein Kanzler so schnell abschminken mußte.

(-/19.10.1983/ks/va)

+ + +



Straußens lähmender Drang nach Bonn  
-----

Die Staatsregierung hat kaum noch Pluspunkte aufzuweisen

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Vor einem Jahr, genau am 20. Oktober 1982, trat der neugewählte Bayerische Landtag zu seiner ersten Sitzung in der 10. Wahlperiode zusammen. Ein Jahr danach muß festgestellt werden, daß der Ministerpräsident, die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion nicht aus den Startlöchern herausgekommen sind. Vielmehr ist in wichtigen landespolitischen Fragen eine Stagnation und sogar eine Politik nach rückwärts festzustellen. Vor allem Ministerpräsident Strauß hat in diesem Einjahreszeitraum geradezu ostentativ sein Desinteresse an der Landespolitik und den Problemen des Freistaates Bayern demonstriert. Der Drang nach Bonn, an die Schalthebel der Bundespolitik, lähmt teilweise die Staatsregierung. Strauß hat die landespolitische Arena bisher nur widerwillig betreten. Neben der Regierungserklärung hat er ganze zwei Mal im Plenum Stellung bezogen, eine mehr als unbefriedigende Bilanz, auch für den neutralen Betrachter. Wen wundert es da, daß auch die Staatsregierung als Problemlöser die Note mangelhaft verdient. Im eigenen Entscheidungsbereich macht sich Passivität und Gleichgültigkeit breit, in der Beziehung zur Bundesregierung, an der die CSU selbst maßgeblich beteiligt ist, muß das Durchsetzungsvermögen der bayerischen Christsozialen inzwischen in Zweifel gezogen werden. Bayern wird seit dem Regierungswechsel vom Bund schwer benachteiligt.

Beim Rückblick auf die konkreten Inhalte der Politik in Bayern springt einem als erstes die überhebliche Gleichgültigkeit ins Auge, die die Staatsregierung und Mehrheitsfraktion gegenüber der Arbeitslosigkeit an den Tag legt. Sie brachte es nicht nur fertig, die Investitionsquote zu senken, sondern verweigerte sich auch jedem Vorschlag zur Durchführung bayerischer Investitions-, Beschäftigungs- und Ausbildungsplatzprogramme. Nur dem ständigen Bohren der Opposition ist es zu verdanken, daß über den Nachtragshaushalt Teile der von der SPD geforderten "Bayern-Milliarde" endlich verwirklicht werden und damit beschäftigungswirksame Investitionen, wenn auch längst nicht zureichend, jetzt auch von der Staatsregierung initiiert werden sollen. Im Bereich der direkten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verweigert die Staatsregierung jedoch immer noch das dringend notwendige Ausbildungsplatzprogramm, vor allem für die strukturschwachen Gebiete.

Die Staatsregierung hat es im ersten Jahr der 10. Wahlperiode fertiggebracht, einem großen Teil der Bürger Daumenschrauben anzulegen, nicht nur, daß sie auf Bundesebene den BAföG-Streichungen und der Verschlechterung des Mieterschutzes zustimmte, im eigenen Verantwortungsbereich hat sie noch viel entschiedener zugeschlagen. So ging sie dem bayerischen Rettungsdienst an den Kragen, indem sie sich durch eine Gesetzesänderung aus der Solidarität mit den Rettungsdiensten herausstahl. Die von der Staatsregierung betriebene Kürzung der Mittel wird die Arbeit der Hilfsorganisationen beeinträchtigen. Den Kommunen entzog die Staatsregierung mit einem Federstrich mehrere hundert Millionen, so daß kommunale Investitionsprojekte zwangsläufig auf der Strecke bleiben mußten. Daß die Staatsregierung derzeit, wenn auch in völlig unzureichendem Maße, ihre Politik wieder revidiert, ist nicht zuletzt den überzeugenden Argumenten aus den Kommunen, aber auch von Seiten der Opposition zu verdanken. Dennoch bleibt als erstes Fazit, daß ohne Not das Vertrauen der Kommunen in den Freistaat erschüttert wurde, und die jetzt angebotenen finanziellen Trostpflaster bei weitem nicht die schwere Benachteiligung der Kommunen durch die CSU-Staatsregierung aus der Welt schaffen können.



Ähnlich konzeptionslos fuhrwerkte die Staatsregierung im Bereich des Sports, beim Jugendring und bei der Abschaffung der Schulwegkostenfreiheit herum. Die Unterrichtssituation an Berufsschulen, an staatlichen Gymnasien in großen Städten ist katastrophal. Die berufliche Grundbildung wurde verschleppt, das 10. Schuljahr an der Hauptschule verweigert und die Erwachsenenbildung im Regen stehen gelassen.

Was den Umweltschutz angeht, wurde bisher ein Sonderprogramm gegen das Waldsterben abgelehnt. Das Trauerspiel um die Chiemseesanierung, die unkritische Übernahme der Wiederaufarbeitungstechnologie, der Rückstand gegenüber anderen Bundesländern im Bereich von Boden- und Gewässeruntersuchungen machen die von der Staatsregierung für sich in Anspruch genommene angebliche Vorreiterrolle im Umweltschutz unglaublich.

Während also in wichtigen Bereichen von den Verantwortlichen sozusagen Energien eingespart werden, öffnet sich das Überlaufventil für den Energiestau an der falschen Stelle. Der liberalitas bavariae blies ein überhitzter Wind ins Gesicht. Nicht nur, daß die Staatsregierung den Beamten einen Maulkorb umhängen will, auch in das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen (Stichwort: Atomwaffenfreie Zone) meinte die Staatsregierung sich einmischen zu müssen, und Staatssekretär Stoiber nimmt sich gar heraus, Abgeordnete, die sich mit Anfragen an die Staatsregierung wenden, zu zensieren und zurechtzuweisen. Die inquisitorischen Kontrollen der schulischen Friedenswoche, die Haltung der Staatsregierung gegenüber Lehrern, die sich an Bürgerinitiativen beteiligen, die Lernunfähigkeit gegenüber dem "Radikalenerlaß" sind Kennzeichen einer Geisteshaltung innerhalb der CSU, die zu ernster Besorgnis Anlaß gibt. Daß sich das Parlament auf Antrag der CSU in einer Aktuellen Stunde in dieser Woche auch mit einem Friedensaufruf der GEW befassen muß, ist einer der negativen Höhepunkte im parlamentarischen Leben dieses Landtags. Wie tief muß die CSU von der Friedensbewegung, die weit in die eigenen Reihen hineinreicht, getroffen sein, wenn sie die politische Initiative eines Verbandes zum Gegenstand parlamentarischer Bewertung machen muß. Die Liberalität in Bayern gegenüber Schülern, Eltern, Lehrern, Beamten, Gemeinden - gegenüber den Andersdenkenden - ist durch diese rücksichtslose CSU-Politik einer schweren Belastung ausgesetzt.

Dieses erste Jahr der CSU-Staatsregierung in der 10. Wahlperiode ist für die Verantwortlichen kein Ruhmesblatt. Mit einem Ministerpräsidenten, der lieber Außenpolitik und Deutschlandpolitik betreibt, anstatt sich den vitalen Interessen Bayerns in der Landespolitik zuzuwenden, ist die bayerische Bevölkerung schlecht bedient, vor allem auch dann, wenn sich dieser Ministerpräsident weigert, seine Aktivitäten - siehe Milliardenkredit an die DDR - vor dem Parlament zu rechtfertigen. Die SPD-Landtagsfraktion wird auch in den kommenden Jahren ihrer Verantwortung für Bayern gerecht werden und nichts unversucht lassen, mit überzeugenden Initiativen die Staatsregierung zum Handeln zu zwingen. Das letzte Jahr hat gezeigt, daß die SPD-Landtagsfraktion die besseren Argumente hatte.

(-/19.10.1983/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

**"Die eiskalte, arrogante Durchsetzung von Machtinteressen"**  
-----

Der neue Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, hat auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation ein ernüchterndes Bild der internationalen Lage aus dem Blickwinkel der Achtung von Arbeitnehmerrechten gezogen. Der SPD-Pressedienst dokumentiert diese Passagen:

"Die Bewegungsfreiheit, die sich die Gewerkschaften in der Bundesrepublik erkämpft haben, besteht nur in wenigen Ländern der Welt. Vor einigen Wochen wurde die KSZE-Konferenz in Madrid beendet. Die Forderung nach freien und unabhängigen Gewerkschaften wurde im Schlußdokument bis zur Bedeutungslosigkeit relativiert. Man hat sie der jeweiligen nationalen Gesetzgebung und Rechtsprechung untergeordnet. Das ist im Sinne jener Parteidoktrin, die in Polen die repressive Ordnung durch das Verbot der unabhängigen Solidarität gegen den Widerstand der Arbeiter wieder hergestellt hat.

Freie Gewerkschaften haben im System des real existierenden Sozialismus keinen Platz. Doch auch dem gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten fiel dieser Kompromiß gewiß nicht schwer. In seinem Lande organisieren Manager mit regierungsoffizieller Ermunterung aufwendige Kampagnen, um ganze Belegschaften einzuschüchtern und ihre gewerkschaftliche Organisation zu verhindern.

Deutsche Konzernleitungen weisen jede Kritik daran mit dem Hinweis zurück, was in den USA praktizierte Gepflogenheit ist, stünde ihnen dort auch zu. Wer im Süden der USA zum Feldzug gegen die amerikanischen Gewerkschaften bläst, dem ist auch in der Bundesrepublik nicht über den Weg zu trauen.

Gewerkschaftliche Freiheit ist unteilbar. Wer die Unterdrückung von Solidarnosc an den Pranger stellt, aber die Gewerkschaften sonst bei jeder Gelegenheit angreift, der muß sich Doppelzüngigkeit und Heuchelei vorwerfen lassen. Unabhängige Gewerkschaften sind unbequem. Sie sind so schwierig wie die Demokratie selbst. Die Neigung, sie zum Schweigen zu bringen, zu unterdrücken oder zu disziplinieren, hat weltweit ihre Anhänger. In der Türkei werden unsere Kolleginnen und Kollegen brutal verfolgt. Die türkischen Generale haben demokratische Wahlen angekündigt. Damit wollen sie sich selbst ein demokratisches Mäntelchen umhängen. Uns können sie nicht täuschen. Kämpferische und selbstbewußte Gewerkschaften haben in ihrem Weltbild keinen Platz.

Es genügt jedoch nicht, die Verhältnisse in der Türkei nur anzuprangern. Die Bundesregierung muß umgehend ihre schlimme Praxis beenden, türkische Mitbürger bei Nacht und Nebel an die Generale abzuschleppen. Wer Menschen bewußt der Folter überläßt, der verliert seine Glaubwürdigkeit als Demokrat.

In Chile, einem Land mit langer demokratischer Tradition, wurde Allende im Namen der Marktwirtschaft gemordet, um den Diktator Pinochet an die Macht zu bringen. Diesen Putsch hatten auch Teile des Bürgertums unterstützt. Sie wollten ihre ökonomischen Privilegien behalten. Dafür haben sie die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Vernichtung der Demokratie in Kauf genommen. Inzwischen sind ihnen die Augen geöffnet worden. Zehn Jahre Pinochet sind zehn Jahre zuviel. Er gehört endlich von der politischen Bühne gefegt. Wir fordern Freiheit für unsere Kollegen um Rudolfo Seguel. Die freie chilenische Gewerkschaftsbewegung muß wieder erstehen, damit die chilenische Demokratie wieder leben kann.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, multinationale Konzerne haben oft eine unrühmliche Rolle gespielt. Sie nutzen die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft, um ihre Macht und



ihren Einfluß auszubauen. Sie starten wahre Propaganda-Feldzüge gegen jeden Versuch einer internationalen Regelung ihres Verhaltens. Sie setzen sich unter zynischer Berufung auf nationale Machtverhältnisse über gewerkschaftliche Grundrechte hinweg. Dagegen mobilisieren wir immer wieder die Öffentlichkeit. Das bleibt nicht ohne Wirkung.

In Südafrika hat die weltweite Empörung über die Rassendiskriminierung zumindest die größten Unternehmen dort vorsichtiger gemacht. Unsere ständige Kritik und unsere enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in diesem Lande haben zum schrittweisen Abbau der Rassendiskriminierung, wenigstens in der Arbeitswelt, beigetragen. Das Hauptverdienst dafür kommt den jungen schwarzen und farbigen Kolleginnen und Kollegen zu. Sie haben gegen unglaubliche Widerstände durchsetzungsfähige Gewerkschaften aufgebaut. Wir urteilen nicht über jene in diesem Lande, die nur noch auf Waffen setzen. Keiner von uns sollte sich anmaßen, er wisse, wie er sich als junger Schwarzer in Südafrika entschieden hätte oder entscheiden würde, wenn er den Bedrängnissen der Apartheid ausgesetzt wäre. Um so mehr bewundern wir jene, die dennoch auf einen friedlichen Wandel hinarbeiten.

Wir wenden uns gegen die menschenverachtende Rassenpolitik, die diesen Wandel so sehr erschwert und immer wieder gefährdet. Wir fordern die Regierung Südafrikas auf, diese Menschen nicht länger hinzuhalten. Sie dürfen nicht um die politische Gleichberechtigung betrogen werden. Jegliche Diskriminierung wegen Rasse und Hautfarbe ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In allen Teilen der Welt sind gerade in Krisenzeiten Kräfte mobilisierbar, die die gewerkschaftliche Arbeit diffamieren und an den Rand der Legalität drängen wollen. Es sind die gleichen Kräfte, die die gigantische Wirtschaftskriminalität in Kauf nehmen und bagatellisieren, nur um dem Götzten Investitionsbereitschaft zu huldigen. Nur wachsame und starke Kampforganisationen können sich erfolgreich wehren. Wir werden unseren Beitrag leisten zur Erringung, Sicherung und Stärkung gewerkschaftlicher Grundrechte. Das wird auch weiterhin im Mittelpunkt unserer internationalen Arbeit stehen. Ohne Abstriche stehen wir ein für Demokratie, Freiheit und gewerkschaftliche Unabhängigkeit.

Diese Grundsätze und Werte haben im Wettbewerb der Großmächte immer weniger Bedeutung. Immer mehr geht es um Macht, Einfluß und Prestige. Sie teilen die Welt nach Gutdünken in Sicherheitszonen und Interessensphären. Das führt zu einer fast zwanghaften wechselseitigen Abhängigkeit. Unter dem Rüstungswahn leiden die Völker der Welt. Dabei verkennen wir nicht die Unterschiede zwischen den Großmächten.

Die Regierung Reagan wird in aller Öffentlichkeit kritisiert. Das ist die Pflicht von Demokraten. Das ist die Stärke der Staatsform, die wir wollen und die wir verteidigen. Die sowjetische Regierung unterdrückt oppositionelle Strömungen in ihrem Lande gewaltsam. Deshalb dürfen wir nicht schweigen, wenn Bürgerrechtler und Dissidenten in psychiatrische Kliniken eingesperrt oder in die Verbannung abgeschoben werden. Wir erheben unsere Stimme nachdrücklich gegen jede machtpolitische Pervertierung.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan, der sowjetische Druck auf Polen, die massive amerikanische Einmischung in El Salvador, der Druck der Vereinigten Staaten auf Nicaragua, alle diese Übergriffe haben etwas gemeinsam: Es geht nicht um Menschen, auch nicht um Völker, es geht allein um die eiskalte, arrogante Durchsetzung von Machtinteressen.

In den Medien findet die sowjetische Besetzung Afghanistans immer weniger Erwähnung. Doch die Bevölkerung findet sich nicht mit der Zerstörung ihrer nationalen Souveränität



ab. Furchtbare menschliche Opfer sind der tragische Beweis für einen ungebrochenen Widerstandswillen. Es gibt kein sowjetisches Sicherheitsinteresse, das diesen brutalen Gewaltakt rechtfertigen könnte.

Die spontane Massenbewegung der polnischen Arbeiter ist aus dem Versagen der bürokratischen Ordnung entstanden. Es waren nicht sowjetische Truppen, die der 'Solidarität' ein Ende bereiteten. Es konnte aber nie ein Zweifel aufkommen, daß ohne Respekt vor der Souveränität einer anderen Nation und dem Willen des polnischen Volkes der sowjetische Sicherheitsanspruch durchgesetzt wurde.

Das ist eine zynische Anmaßung. Sie hat nichts mit sozialistischem Internationalismus zu tun. Sie ist aus der Angst vor der eigenen Bevölkerung entstanden.

Die Idee einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist aus den Herzen und aus den Betrieben Polens nie mehr zu verbannen. Die polnischen Arbeiter werden sich niemals mit einem System abfinden, das unabhängige Gewerkschaften als unerwünschte Störellemente diffamiert und verbietet.

Die bedrängten Völker in Lateinamerika bleiben angewiesen auf ermutigende Beweise für die Lebensfähigkeit der Demokratie auf diesem Kontinent. In Nicaragua wurde nach Überwindung der jahrzehntelangen Diktatur noch keine Demokratie nach unseren Vorstellungen und Prinzipien entwickelt. Streikrecht und Pressefreiheit bleiben vorläufig ausgesetzt. Doch im gleichen Atemzug stellen wir fest, dieses geschundene Land darf nicht durch ökonomische, politische und militärische Repressalien in neues Unheil gestürzt werden.

Die Reagan-Administration darf nicht in Verkennung der tatsächlichen Ursachen die Ideale von Freiheit und Selbstverwirklichung mißachten, die in den USA selbst eine große und stolze Tradition haben.

Ich wiederhole hier, was ich auf der Jugendkonferenz bereits festgestellt habe: Nicht kommunistische Ideologien, sondern Armut und Verelendung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Unfreiheit und Mißachtung menschlicher Würde sind die tatsächlichen Ursachen von Revolutionen in Lateinamerika. Will man wirklich die Freiheit verteidigen, kann man sich niemals und nirgendwo auf die Seite von Unrechtsregimen und Militärdiktatoren stellen. Wir wenden uns gegen alle, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen treten."  
(-/19.10.1983/ks/va)

+ + +

